

Index der wirtschaftlichen Freiheit 2015

Freie Märkte bringen Wohlstand, Planwirtschaft macht arm

Kürzlich wurde die Ausgabe 2015 des von der konservativen US-Denkfabrik „Heritage Foundation“, zusammen mit dem „Wall Street Journal“, einmal jährlich erstellten „*Index of Economic Freedom*“ veröffentlicht. Dieser Report bietet einen Überblick über die wirtschaftliche Lage und Entwicklung von insgesamt 186 Ländern. Zehn Kriterien, die in vier Hauptkategorien unterteilt werden, bilden die Bewertungsbasis. Es handelt sich um

- ▶ **Rechtsstaatsprinzip** (Eigentumsrechte, Korruptionsfreiheit),
- ▶ **Regierungsgröße** (Steuerlast, Höhe der Staatsausgaben),
- ▶ **Regelungseffizienz** (Geschäftsfreiheit, Arbeitsfreiheit, Geldverkehrsfreiheit),
- ▶ **Marktoffenheit** (Handelsfreiheit, Investitionsfreiheit, Finanzfreiheit).

Jede dieser Komponenten wird auf einer hundertteiligen Skala abgebildet und geht gleichwertig in die Beurteilung ein. Als Ergebnis wird das arithmetische Mittel aus den zehn Teilergebnissen ausgewiesen – als Zahl zwischen 0 und 100, wobei 100 den Bestwert markiert. Wie alle derartigen Statistiken, ist auch diese mit entsprechender Vorsicht zu genießen. Selbstverständlich hat allein die Auswahl der Bewertungskriterien maßgeblichen Einfluss auf die Ergebnisse. Da der Report allerdings seit mittlerweile 21 Jahren erscheint und die Datenerhebung nach den immer gleichen Regeln erfolgt, sind damit immerhin relative *Veränderungen* über die Zeit gut darstellbar.

Das kumulierte Welt-Gesamtergebnis stagniert, bzw. stieg im zurückliegenden Jahr um lediglich 0,1 Punkte auf 60,4 - nach einer Steigerung um 0,7 Punkte im Vorjahr.

Der liberale amerikanische Ökonom Milton Friedman, nannte einmal Hong Kong als das Paradebeispiel für einen freien Markt mit einer limitierten Regierung. Das scheint eine sehr fruchtbare Kombination zu sein, denn auch heuer fährt Hong Kong mit einer Wertung von 89,6 wieder das beste Ergebnis aller analysierten Volkswirtschaften ein.

Die Spitzengruppe zeigt keinerlei wesentliche Veränderungen: Platz zwei geht erneut an Singapur (nur noch 0,2 Punkte hinter Hong Kong), gefolgt von Neuseeland, Australien und der Schweiz, die – einmal mehr – mit einem Ergebnis von 80,5, weit vor dem erstplatzierten EU – Staat liegt (das ist Estland mit 76,8 Punkten auf Platz acht).

Auch am Ende der Liste zeigt sich das seit Jahren gewohnte Bild: Nordkorea, Kuba, Venezuela, Zimbabwe und Eritrea bilden die Schlussgruppe. Vereinfacht ausgedrückt (Ausnahmen wie Bahrain bestätigen die Regel): Wo Schwarze, Kommunisten und/oder Muselmanen regieren, steht es schlecht um die wirtschaftliche Freiheit. Afroasiatische Despoten und lateinamerikanische Bananenrepubliken sucht man in der Spitzengruppe daher vergeblich.

Interessant ist indes, dass das von Diktator Augusto Pinochet (beraten von „Chicago Boys“) auf einen liberalen Wirtschaftskurs getrimmte Chile, den hervorragenden Rang Sieben belegt. Es ist damit das einzige Land Südamerikas unter den ersten 20.

Wer sich dagegen ein Bild von der nachhaltigen Wirkung sozialistischer Wirtschaftspolitik bilden will, richte sein Augenmerk zum Beispiel auf Venezuela. Das Land rutscht um weitere zwei Punkte und mit einer Wertung von 34,3, beinahe ans absolute Ende der Liste ab. Selbst einfachste Produkte wie Toilettenpapier und Kondome sind dort kaum noch zu bekommen. Sozialismus wirkt eben. Es lebe die Planwirtschaft!

Die EU verliert insgesamt 0,1 Punkte, die USA gewinnen 0,7. Die baltischen Staaten schneiden innerhalb der EU am besten ab. Deutschland verbessert sich um zwei Plätze (auf Rang 16), während Österreich – dank der notorischen Inkompetenz seiner gegenwärtigen Regierung – ein Minus von 1,2 Punkten einfährt und von Rang 26 auf 30 absteigt. Besonders der Faktor „Korruptionsfreiheit“ hat sich in der Alpenrepublik dramatisch verschlechtert. Auch die „Regierungsgröße“ schlägt im Index negativ zu Buche – sowohl hinsichtlich einnahmenseitiger Begehrlichkeiten, als auch bezüglich Schuldenmacherei und geringer Ausgabendisziplin. Man kann risikolos darauf wetten, dass Österreich nach der bevorstehenden „Steuerreform“ (bei der es faktisch um ein schlecht getarntes, wirtschaftsfeindliches Belastungspaket geht) erneut an Boden verlieren wird.

Staatsnahe Ökonomen werden bekanntlich seit Jahr und Tag nicht müde, die Segnungen einer hemmungslosen Schuldenmacherei anzupreisen und vor den gar

schrecklichen Folgen des Sparens (Stichwort Deflationsgefahr!) zu warnen. Hätte deren Urteil auch nur ganz entfernt etwas mit der Wahrheit zu tun, wäre die Mehrzahl der Schweizer Eidgenossen heute bereits arbeitslos und dazu verurteilt, unter der Brücke zu schlafen. Das allerdings trifft nicht zu. Vielmehr geht es besonders den Insassen jener Staaten besonders mies, deren Finanzgebarung – anders als die der Schweiz - von einer Politik des forschen „Deficit Spending“ geprägt ist.

So verliert das auf Fremdversorgung angewiesene Griechenland im Index weitere 1,7 Punkte und fällt auf Rang 130 (!) zurück (innerhalb Europas auf Rang 40 von 43).

Frankreich, die dank konsequenter sozialistischer Misswirtschaft schwerkranke Volkswirtschaft im Herzen Europas, verliert einen weiteren Punkt und rangiert nun auf Platz 73. Dass in Frankreich daran gedacht wird, erst im Jahr 2018, also erst nach den kommenden Präsidentschaftswahlen, die Staatsverschuldung dem EU-Grenzwert anzupassen, spricht Bände. Wenn im Reich der Gand Nation, außer Wein und Lavendel, noch etwas wächst, dann die Arbeitslosigkeit und das Staatsdefizit. Die auf Keynes´ Spuren wandelnden Gallier haben ihre Staatsschuld mittlerweile auf beeindruckende 93,9% des BIP aufgeblasen – *Chapeau!* Selbstverständlich ist daran niemand anders schuld, als die hässlichen Deutschen mit ihren nachgerade kriminellen Exportexzessen und brandgefährlichen Sparneurosen...

Auf einer der ersten Seiten der Einleitung des Reports der Heritage Foundation, wird wirtschaftliche Freiheit als „*Antidot gegen die Armut*“ bezeichnet. Die präsentierten Zahlen scheinen das zu bestätigen. Auch wenn eine Korrelation noch lange keine Kausalität beweist: Der Zusammenhang zwischen (wirtschaftlicher) Freiheit und Wohlstand tritt durch die Daten der vorliegenden Arbeit überdeutlich hervor.

Leider sind die politischen Eliten der Eurozone davon überzeugt, in Regulierungen und Steuerexzessen geeignete Instrumente gefunden zu haben, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Die dadurch zum Ausdruck kommende Anmaßung von Wissen hat indes noch nie zu etwas Gutem geführt...

Der gesamte Report oder Teile davon, können von der Heimseite der Heritage Foundation kostenlos heruntergeladen werden: <http://www.heritage.org/index/>

Andreas Tögel
a.toegel@atomed.at